



Medienmitteilung

Zürich, 4. Mai 2023

GPK beantragt Einsetzung einer PUK zum Datensicherheitsvorfall

Die Geschäftsprüfungskommission (GPK) hat ihren Antrag auf Einsetzung einer Parlamentarischen Untersuchungskommission (PUK) zum Datensicherheitsvorfall bei der Direktion der Justiz und des Innern (JI) an den Kantonsrat überwiesen (KR-Nr. 172/2023). Neben dem Datensicherheitsvorfall sollen auch grundsätzliche Fragen zur Datensicherheit und Entsorgung von Datenträgern in der kantonalen Verwaltung untersucht werden.

Die GPK hat an ihrer Sitzung vom 27. April 2023 ihren Antrag an den Kantonsrat auf Einsetzung einer PUK im Zusammenhang mit dem Datensicherheitsvorfall bei der JI verabschiedet. Nachdem der Datensicherheitsvorfall Anfang Dezember 2022 öffentlich bekannt geworden war, setzte die GPK eine Subkommission zur Untersuchung der Vorkommnisse ein.

Ende Januar 2023 fällte die GPK den Grundsatzentscheid, dem Kantonsrat die Einsetzung einer PUK zum Datensicherheitsvorfall bei der JI und allenfalls weiteren kantonalen Stellen zu beantragen, und setzte ihre Abklärungen fort. Gestützt darauf sieht sich die Mehrheit der Kommission in ihrer Haltung bestätigt. Eine Minderheit (SP, Grüne, AL) erachtet die Einsetzung einer PUK als nicht angezeigt und beantragt dem Kantonsrat, auf den Antrag nicht einzutreten.

Kontakte:

Kommissionspräsident: Beat Habegger (FDP, Zürich), 076 383 82 35

Minderheit: Davide Loss (SP, Thalwil), 079 916 66 76